Die Kündigung des englischen Handelsvertrags und ihre Gefahr für Deutschlands Zukunft.

Von

Karl Rathgen.

Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch, N. F. Band XXI, 4. Heft.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1897.

Die Thronrede, mit welcher die Tagung des englischen Parlaments am 6. August dieses Jahres geschlossen wurde, enthielt den folgenden Satz: „Ich habe dem König der Belgier und dem Deutschen Kaiser die Handelsverträge von 1862 und 1865 gekündigt, durch welche ich verhindert bin, mit meinen Kolonien solche Zolleinrichtungen für den Verkehr innerhalb meines Reiches zu treffen, wie sie mir zweckmäßig erscheinen."

Die Kündigung erfolgte in Berlin am 30. Juli und damit wird am 30. Juli 1898 ein Vertrag ablaufen, welcher ein Menschenalter hindurch die Handelsbeziehungen der beiden Staaten geregelt hat, deren Handelsstatistik die größten Umsätze im Außenhandel aufweist. Der Grund der Kündigung liegt klar vor Augen: die beiden Verträge enthalten Bestimmungen, welche es England und seinen Kolonien unmöglich machen, ihre Handelsbeziehungen auf dem Fuße gegenseitiger Begünstigungen einzurichten. Der Handelsvertrag mit dem deutschen Zollverein bezieht sich auch auf den Verkehr Deutschlands mit den britischen Kolonien und Besitzungen, und bestimmt im Art. 7, daß in diesen „die Erzeugnisse der Staaten des Zollvereins keinen höheren oder anderen Eingangsabgaben unterliegen, als die gleichartigen Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland oder irgend eines anderen Landes." Die gleiche Bestimmung findet sich im Vertrag Englands mit Belgien.

Will also eine Kolonie den Eingangszoll auf englische Produkte herabsetzen, so kommt dies ohne weiteres auch der deutschen und belgischen Einfuhr zu gute und damit auch dem Handel aller anderen Länder, welche Anspruch auf Meistbegünstigung haben.

Daß auf diese Art eine Begünstigung Englands in seinen Kolonien ausgeschlossen war, bildete bis vor kurzem den Gegenstand nationalen Stolzes in England. Als Deutschland in den achtziger Jahren anfing Kolonialbesitz zu erwerben, wurde die englische Mißgunst in der dortigen Presse damit begründet, daß Deutschland sicher Differentialzölle einführen werde zu Gunsten seiner eigenen Ausfuhr, wie man das an Frankreich schon erlebe. Für den Handel der ganzen Welt sei es besser, wenn England überseeische Gebiete verwalte, weil dann an solche Dinge nicht zu denken sei. Und in Deutschland fehlte es nicht an guten Seelen, die fragten, warum wir uns mit den Kosten und der Mühsal einer Kolonialpolitik belasten sollten, da doch der deutsche Kaufmann in englischen Kolonien ungehindert seinem Erwerb nachgehen könne, die deutsche Ware und die deutsche Flagge so gut wie die englische selbst behandelt werde.

Und jetzt sehen wir, daß unter dem Beifall der öffentlichen Meinung Englands, unter dem Beifall des Cobden-Clubs selbst, dem Verlangen der englischen Kolonien nachgegeben und das vertragsmäßige Hindernis für die Wiedereinführung differentieller Begünstigungen beseitigt wird. An sich ist es durchaus konsequent und den Grundsätzen der neueren englischen Kolonialpolitik entsprechend, daß das Mutterland einer entschiedenen Forderung der autonomen Kolonien nachgiebt. Hatte man diesen einmal erlaubt, ihre Handelspolitik im wesentlichen selbständig zu regeln, so stand damit im Widerspruch, Handelsverträge auf sie zu erstrecken, ohne sie zu befragen. Seit 1880 ist es üblich, daß in den Handelsverträgen, welche England abschließt, den autonomen Kolonien der Beitritt nur vorbehalten wird und neuerdings wurden sogar besondere Handelsverträge zwischen einzelnen Kolonien und fremden Staaten durch Vermittelung des Mutterlandes geschlossen, so der Vertrag von 1894 über den Handel zwischen Frankreich und Canada. Dem entspricht es, daß man die Bindung der autonomen Kolonien durch die Verträge Englands mit Belgien und dem Zollverein beseitigen will, nachdem dies längst von den Kolonien gefordert war. Schon 1882 hatte die englische Regierung auf das Drängen Canadas in Berlin und Brüssel deswegen angefragt und seit 1891 kamen die Canadier immer wieder darauf zurück. Auf der Kolonialkonferenz zu

Ottawa im Sommer 1894, wie bei den Besprechungen der Kolonialminister in London bei Gelegenheit des Regierungsjubiläums der Königin im Juni/Juli dieses Jahres war die Aufhebung, nötigenfalls durch Kündigung der Verträge, einstimmig gefordert worden und in England selbst hatte die British Empire League die gleiche Forderung auf ihr Programm gesetzt.

Trotzdem kam die jetzt erfolgte Kündigung in diesem Augenblick breiteren Kreisen unerwartet, da bisher die englischen Staatsmänner sich ablehnend verhalten hatten. Der Kolonialminister des letzten radikalen Kabinetts, der Marquis von Ripon, hatte noch am 28. Juni 1895 die Kündigung der Verträge abgelehnt, weil dies eine sehr ernste Angelegenheit sei, der entsprechende Vorteile nicht gegenüber ständen. Das Haupt der neuen konservativen Regierung, Lord Salisbury, der selbst die betreffenden Bestimmungen als unglückliche und lästige bezeichnet hatte, erklärte noch im Februar 1896, er sei nicht in der Lage, diese sonst so wertvollen Verträge zu kündigen, ehe nicht ein bestimmter Plan vorgelegt sei, der eine solche Zunahme des Handels innerhalb des Reiches wahrscheinlich mache, daß das Risiko voll gedeckt sei. Und obgleich Mitglieder der Regierung wiederholt erklärt hatten, dem einstimmigen Verlangen der Kolonien nach Aufhebung der Vertragsbestimmungen müsse Rechnung getragen werden, kam die Kündigung unerwartet und doch als das Ergebnis einer längeren Entwickelung[1].

---

[1] Zuletzt in der erwähnten Konferenz der Kolonialminister mit Jos. Chamberlain am 24. Juni 1897. Der amtliche Bericht über die Konferenz, der erschienen ist, nachdem Obiges zum Druck gegeben war, enthält nur die sehr gewandte und sehr vorsichtige Eröffnungsrede Chamberlains und die gefaßten Beschlüsse. In der Rede sind alle für die Reichseinigung gegenwärtig in Betracht kommenden Einzelfragen behandelt. Über die Handelseinigung ist gesagt, daß ein Zollverein zunächst unmöglich sei. Aber eine gemeinschaftliche Kommission könnte die Frage untersuchen, wie man zu engeren Handelsbeziehungen kommen könne. Weiter ist die Forderung der Kündigung der Handelsverträge besprochen, endlich darauf hingewiesen, daß die Handelserleichterungen in der Form, wie Canada sie einführen wolle, doch auch einem fremden Staate zu gute kommen könnten, dann aber allen Ländern eingeräumt werden müßten, welchen das Recht der Meistbegünstigung zusteht. Das könne vermieden werden, wenn die Erleichterung ausdrücklich nur dem Mutterlande eingeräumt würde. — Die Beschlüsse der Kolonialminister betr. den Handel innerhalb des Reiches gehen dahin, daß sie 1. die Kündigung der Verträge fordern und 2. versprechen mit ihren Kollegen darüber zu beraten, ob eine Hebung der Handelsbeziehungen herbeigeführt werden könne durch Begünstigung der Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs.

Das Ereignis ist aber so wichtig, daß es nötig ist, sich klar zu sein über die Stimmungen und Strömungen, die dazu geführt haben, da nur dann seine Bedeutung richtig gewürdigt werden kann. Nicht das ist die Bedeutung, daß England selbst in absehbarer Zeit seine Handelspolitik ändern, zum Schutzzoll zurückkehren möchte. Es handelt sich vielmehr um die Reichsföderation. Es ist der erste Erfolg der Bestrebungen, welche ein engeres handelspolitisches Verhältnis zwischen England und seinen Kolonien herbeiführen wollen und diese Bestrebungen wiederum sind nur ein Glied der großen Bewegung, das britische Weltreich zu einem Bund gleichberechtigter, aber eng verbundener Glieder auszubauen[1].

Das Verhältnis Englands zu den Tochterstaaten, in welchen dauernd Weiße angesiedelt sind — denn um diese Kolonien handelt es sich in erster Linie —, hat drei Perioden durchlaufen. In der ersten galten die Kolonien als Besitzungen, die im Interesse des Mutterlandes auszubeuten waren. Daß ein solches Verhältnis nicht auf die Dauer aufrecht erhalten werden konnte, lehrte der Abfall der amerikanischen Kolonien. Aus dieser Erfahrung entstand die Vorstellung, daß alle Kolonien früher oder später vom Mutterlande sich loslösen, ein Vorgang, den es gelte möglichst vorzubereiten und schmerzlos zu gestalten. Je mehr überhaupt in der öffentlichen Meinung das Laissez Aller zur herrschenden Maxime wurde, um so mehr wurde es auch Grundsatz, die Kolonien sich selbst zu überlassen. Verfassungsrechtlich stattete man sie mit einer autonomen Parlamentsverfassung aus. Wirtschaftlich wurde mit dem Übergang zum Freihandel in den vierziger Jahren das bisher bestehende System gegenseitiger Handelsbegünstigungen aufgehoben, deren letzter Rest 1860 durch den französischen Handelsvertrag beseitigt wurde. Ja, so sehr herrschte die freihändlerische Abneigung gegen jeden Differentialzoll, daß man nicht nur jene oben erwähnten Verpflichtungen Belgien und dem Zollverein gegenüber einging, sondern das Verbot differentieller Behandlung der Einfuhr sogar in die Verfassung

---

[1] Ausführlichere Darstellungen der Entwickelung für die Zeit bis 1892 bei C. J. Fuchs, Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten, Leipzig 1893 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 57); für die Zeit bis zum Sommer 1896: Karl Rathgen, Über den Plan eines britischen Reichszollvereins, Preußische Jahrbücher, Bd. 86, S. 481 flg. (Dez. 1896). — Außer der in den beiden Schriften angeführten Litteratur vergl. noch Foreign and Colonial Speeches by the Right Hon. Joseph Chamberlain M. P. Authorized Edition. London 1897.

mehrerer australischer Kolonien aufnahm. Die erwartete Loslösung der Siedelungskolonien schien sich namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete rasch durchzusetzen, nachdem ihnen gestattet war, ihre Zolltarife selbständig festzusetzen (in Canada 1849, anderwärts seit 1854). Der englische Freihandelsgedanke erwies sich so wenig siegreich, daß in den siebziger Jahren Canada und fast alle australasischen Kolonien zum Schutzzoll übergingen, wie sie überhaupt die orthodoxe englische Abneigung gegen Staatsthätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete nicht teilten. Und dieser Schutz der einheimischen Produktion wendete sich nicht nur gegen die ausländische Einfuhr, sondern gegen die aus dem Mutterlande selbst. Kam — und kommt noch gegenwärtig — doch der bei weitem größte Teil der Kolonialausfuhr aus Großbritannien.

Von den autonomen australischen Kolonien hat nur Neu-Süd-Wales mit einer kurzen Unterbrechung von 1892 bis 1895 am Freihandel festgehalten. In den anderen autonomen Kolonien, Kapland, Natal und Neufundland, bestehen meist hohe allgemeine Zölle, die aber nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach fiskalischen Grundsätzen eingeführt sind, wie sich das auch in den meisten Kronkolonien findet. Nach den Bevölkerungszahlen vom Anfang der neunziger Jahre hatten diese drei letztgenannten Kolonien zusammen $2^1/_2$ Millionen Einwohner, das freihändlerische Neu-Süd-Wales $1^1/_4$ Million, die sieben schutzzöllnerischen Kolonien 8,2 Millionen Einwohner.

Die zweite Periode der englichen Kolonialpolitik schien zur Ablösung der Kolonien hinzuleiten. Aber die erwartete völlige Trennung ist nicht erfolgt. Eine dritte Periode ist eingetreten, in welcher statt des Geistes der Ausbeutung wie in der ersten, der Gleichgültigkeit und des Kleinmuts, wie in der zweiten, ein neuer Geist sich geltend macht: ein Geist der Zusammengehörigkeit und Verwandtschaft von Gliedern, die vereinigt sind durch Bande des Bluts, der Religion, der Litteratur, der Sprache. (Jos. Chamberlain bei der Jahresfeier des R. Colonial Institute am 31. März 1897).

Die Wandelung der Anschauungen beruht zum Teil in der Erkenntnis des Nutzens, den Mutterland und Kolonien gegenseitig von einander haben. Das Mutterland findet in den Kolonien Platz für seinen Überfluß an Waren, an Kapitalien, an Menschen. Die Kolonien erfreuen sich der Sicherheit, welche der militärische Schutz des Mutterlandes ihnen gewährt, ohne daß sie ihrerseits zu den Kosten beitrügen.

Wichtiger aber, als diese Berechnung vom gegenseitigen Nutzen,

ist im Grunde die Änderung gewesen, welche sich in den geistig führenden politischen Kreisen Englands in der Auffassung vom Staate, von nationaler Macht, von nationalen Pflichten gegen die Kolonien, von der Kulturbedeutung des eigenen Volkstums vollzogen hat. Dieser Wandel der Anschauungen fand seinen ersten Ausdruck in der Gründung des R. Colonial Institute im Jahre 1868. Durch die unablässige Thätigkeit eines ursprünglich kleinen Kreises von Männern, durch die Schriften eines Froude, eines Seeley haben diese Anschauungen einen immer breiteren Boden gewonnen, bis in den achtziger Jahren immer lauter der Ruf nach einer innigeren Verbindung von Mutterland und Kolonien ertönte. Eigene Vereine bildeten sich, um dieser Zusammengehörigkeit Ausdruck zu geben, so vor allem seit 1884 die Imperial Federation League, deren Nachfolgerin nach ihrer Ende 1893 erfolgten Auflösung die British Empire League ist. Unabhängig von ihr besteht die freilich wenig einflußreiche schutzzöllnerische United Empire Trade League seit 1891. Ein Kongreß der Handelskammern des ganzen Reiches ist gegründet worden und hat sich 1892 und 1896 eingehend mit der Frage der handelspolitischen Einigung des Reiches beschäftigt.

Fragen gemeinsamen Interesses für das ganze Reich hat man neuerdings aber auch ganz amtlich gemeinsam beraten. Das fünfzigjährige Regierungsjubiläum der Königin im Jahre 1887 bot die Gelegenheit, zum erstenmale die leitenden Minister der autonomen Kolonien zur Besprechung gemeinsamer Angelegenheiten nach London zusammenzuberufen. Auf Einladung der canadischen Regierung fand eine zweite Konferenz 1894 in Ottawa statt und das seltene Fest des sechzigjährigen Regierungsjubiläums der Königin wurde dazu benutzt, die Premierminister der elf Kolonien einzuladen. „Ihr Besuch zu London würde eine höchst wertvolle Gelegenheit zur Erörterung vieler Gegenstände bieten, die von größter Wichtigkeit für das Reich sind, wie Handelseinigung, Kolonialverteidigung, Vertretung der Kolonien, Gesetzgebung betr. Einwanderung aus Asien oder anderen Gegenden und ähnliches. (Text des Einladungsschreibens des Staatssekretärs der Kolonien, Chamberlain).

Bei der Einladung zur ersten Kolonialkonferenz von 1887 war die Erörterung von Imperial Federation ausdrücklich ausgeschlossen worden, 1897 an die Spitze gestellt: schärfer kann der Fortschritt des Reichsgedankens nicht ausgedrückt werden. Periodische Wiederholung der Konferenzen ist in Aussicht genommen.

Es würde zu weit führen, alle Symptome des Wachsens dieses

Reichsgedankens hier aufzuzählen. Es beruht auf jener veränderten, tieferen Auffassung vom Staat. Es ist mächtig gefördert worden durch die Fortschritte im Verkehrswesen, welche die Entfernungen verkürzt, die entlegensten Kolonien dem Mutterlande immer näher gerückt haben. Vor allem der Bau der canadischen Überlandbahn bedeutete einen gewaltigen Schritt vorwärts. Von ihren Endpunkten im Osten und Westen schlingen die Dampferverbindungen einen Gürtel um den Erdball, der nur britisches Gebiet berührend alle wichtigen Kolonialgebiete mit dem Mutterlande in Verbindung setzt. Die Bestrebungen, die britische Auswanderung nach den eigenen Kolonien zu lenken, vor allem nach Canada, haben auch im Mutterlande seit zwanzig Jahren neue Kraft erhalten. Und daß der Staat das, wenn auch in bescheidenem Maße unterstützt, ist ebenso sehr ein Bruch mit den früheren Anschauungen und der früheren Praxis, wie wenn der Staatssekretär der Kolonien 1896 Berichte darüber einforderte, in welchem Grade und aus welchen Gründen die Einfuhr fremder Waren in die britischen Kolonien sich vermehrt habe[1], und wenn Mustersammlungen solcher fremder Waren in England den Interessenten vorgeführt werden. Und nicht minder bedeutsam ist es, wenn Chamberlain von seinem Amtsantritt an die Kronkolonien als Domänen (estates) des britischen Volkes bezeichnet hat, deren Hülfskräfte auf alle Weise entwickelt, deren Bevölkerung in ihrer Kultur gehoben werden müsse.

Das rechtliche Band, das die autonomen Kolonien an das Mutterland fesselt, ist nur schwach und verträgt unter gegenwärtigen Umständen keine starke Anspannung. Aber der Reichsgedanke kommt doch auch hier zur Geltung. Die höchste gerichtliche Instanz für die Kolonien hat noch ihren Sitz in England, der Gerichtsausschuß des Geheimen Staatsrats. Naturgemäß war er bisher aus englischen Richtern gebildet. Jetzt geht man dazu über auch Mitglieder aus den Gerichten der Kolonien (Canada, Süd-Afrika, Australien) heranzuziehen. Die Premierminister der elf autonomen Kolonien sind bei ihrem neulichen Besuch in England zu Mitgliedern des Geheimen Staatsrats ernannt, eine Ehrung, die an sich keine materielle Bedeutung hat, als dem Ehrgeiz der kolonialen Staatsmänner zu schmeicheln. Aber schon schließt sich daran die Erörterung, in welcher Weise Vertreter der Kolonien zur Beratung in kolonialen Angelegen-

---

[1] Diese Berichte, aus welchen bisher schon Auszüge in der Tagespresse erschienen, sind soeben veröffentlicht worden.

heiten im Staatsrat oder gar im Parlament eine Stellung finden könnten. Wie sehr der Reichsgedanke die öffentliche Meinung beschäftigt, zeigt sich auch darin, daß die buchhändlerische Spekulation eine ganze Reihe von Publikationen auf den Markt wirft, die bestimmt sind, den Gedanken des „Greater Britain" in breitere Leserkreise zu tragen[1]. Auf die Einheitsbestrebungen im Recht, in der Litteratur sei nur hingewiesen.

Von unmittelbar praktischer Bedeutung sind aber zwei Reihen von Fragen. Wie Chamberlain in einer seiner glänzendsten Reden (im Canada-Klub am 25. März 1896) ausführte: dem Ziele der Reichsföderation könne man sich nur allmählich nähern. Aber aus gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Pflichten werde naturgemäß eine neue Organisation erwachsen. Die größte der gemeinsamen Pflichten aber sei die Verteidigung des Reiches, das größte gemeinsame Interesse der Handel des Reiches. Und beide Dinge hängen eng zusammen.

Man hat in England vorwiegend die Frage der Reichsverteidigung, des „Kriegsvereins" erörtert. Erst allmählich brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die Frage nach dem Handel innerhalb des Reiches, nach dem „Zollverein" zuerst gelöst werden müsse. Die Imperial Federation League löste sich auf, weil ihre Führer den umgekehrten Weg gehen wollten. Die Verteidigung des Reiches ist noch überwiegend Sache des Mutterlandes. Ob auch nur für die lokale Verteidigung die Vorbereitungen der autonomen Kolonien irgendwie genügend sind, mag dahingestellt sein. Das Schaugepränge der zum Jubiläum der Königin nach London berufenen Kolonialtruppen war der Propaganda für den Reichsgedanken dienlich, praktische Bedeutung hatte es nicht. Immerhin ist einiges geschehen. Die australischen Kolonien geben eine Subvention (jährlich 125 000 £) für die Unterhaltung eines dem Schutz der australischen Gewässer dienenden Geschwaders. Die Kapkolonie hat das Geschenk eines Panzerschiffes angeboten.

Aber die Grundlage aller weitgehenden Pläne für die Einigung des Reiches bilden handelspolitische Maßregeln. Schon aus einem

---

[1] In der in England beliebten Weise je eine Reihe kleiner billiger, einzeln käuflicher Bändchen von verschiedenen Autoren, so die „Imperial Library", die „Story of the Empire", vor allem die „Builders of Greater Britain", welche Chamberlains Privatsekretär herausgiebt! Auch die zunehmende Cromwell-Litteratur gehört in diesen Zusammenhang.

taktischen Grunde. Unmöglich wäre es, von England aus die autonomen Kolonien in ein näheres Verhältnis zum Mutterlande zu bringen. Mit Eifersucht wachen solche junge Gemeinwesen über ihr freies Selbstbestimmungsrecht. Nur Vorschläge, die von den Kolonien selbst ausgehen, bilden keine Gefahr für den Zusammenhalt des Reiches. Die Kolonien sind aber nur auf dem Gebiet wirtschaftlicher Maßregeln wirklich zu interessiren. In den Kolonien hat sich der Gedanke zuerst Bahn gebrochen, es sollten wieder wie vor einem halben Jahrhundert Mutterland und Kolonien sich zollpolitisch gegenseitig begünstigen. Vor allem war es Canada, das seit seinem Zusammenschluß aus sieben getrennten Kolonien ein großes Gebiet mit freiem inneren Handel darstellte, aber nach außen sich immer stärker durch Schutzzölle abschloß, während es sich gleichzeitig durch die rücksichtslose Handelspolitik der großen Nachbarrepublik immer mehr bedrängt fühlte. Von Canada ging immer aufs neue, namentlich seit dem Bestehen des MacKinley-Tarifes, die Forderung aus, England solle die Produkte, welche es aus den Kolonien erhalten könne, bei der Einfuhr aus anderen Ländern mit mäßigen Zöllen belegen. Als Gegenleistung sollten dann die Kolonien die Zölle auf die Einfuhr britischer Produkte ermäßigen. Auf der Kolonialkonferenz zu Ottawa schlossen sich die Vertreter von Viktoria, Süd-Australien, Tasmanien und der Kapkolonie diesem Wunsche an. Nur Neu-Süd-Wales, Queensland und Neu-Seeland stimmten dagegen. Auf dem Kongreß der Handelskammern im Juni 1896 fand diese Forderung bei einer Anzahl von Delegierten eine geradezu leidenschaftliche Unterstützung. Dagegen ist ein noch weitergehender, scheinbar sehr einfacher Vorschlag, den auf der Kolonialkonferenz von 1887 der Südafrikaner Jan Hendrick Hofmeyr machte, neuerdings ganz zurückgetreten. Danach sollte von der gesamten Einfuhr aus dem Auslande in Großbritannien, wie in den Kolonien ein Zuschlagszoll erhoben werden. Dieser allgemeine, wie jener enger begrenzte Vorschlag, in den Kolonien leicht durchzuführen, bedeutete für England nichts weniger als die völlige Umwälzung und grundsätzliche Preisgebung seiner gegenwärtigen Handelspolitik. Eine so einseitige Maßregel hatte in England, trotz aller kolonialen Agitation keine Aussicht auf Annahme. Was dagegen breiten Kreisen in England das liebste gewesen wäre, Einführung des Freihandels in den Kolonien, hatte in diesen, mit Ausnahme von Neu-Süd-Wales nirgends Aussicht auf Annahme. Ein solche Erleichterung des Handels würde auch allen Völkern zu gute kommen, dem Zwecke, eine engere Verbindung von

Mutterland und Kolonien herzustellen, nicht dienen. Einen dritten Weg stellte Chamberlain selbst bei der Eröffnung des Handelskammerkongresses im Juni 1896 zur Diskussion: die Schaffung eines Reichszollvereins, Freihandel innerhalb des Reiches, Zölle gegen das Ausland, die jedes Glied des Vereins nach seinem Ermessen auflegen wird, aber mit der Verpflichtung Großbritanniens, die Massenerzeugnisse der Kolonien (Korn, Fleisch, Zucker, Wolle) bei Einfuhr aus dem Auslande mit Zöllen zu belegen. Dieser Vorschlag wurde lebhaft erörtert. War doch der Vorgang höchst beachtenswert. Bisher hatten alle verantwortlichen englischen Staatsmänner sich diesen Plänen gegenüber ablehnend verhalten. Die Vorschläge von Cecil Rhodes für Südafrika, wie die Beschlüsse von Ottawa waren abgelehnt. Und jetzt trat einer der Kabinettsminister Ihrer Majestät selbst mit Vorschlägen hervor — wenn auch nicht in amtlicher Eigenschaft — während ein anderer, der Herzog von Devonshire den Vorsitz der British Empire League übernommen hatte. Aber diese Erörterungen führten zunächst doch zu keinem Ergebnis. Auch Chamberlain betonte, daß alle Vorschläge aus den Kolonien kommen müßten. Das Mutterland dürfe diesen seine Initiative nicht aufdrängen. So schien man nicht aus der Stelle zu kommen. Denn in den Kolonien verlangte man überwiegend, daß England seinerseits mit Zollmaßregeln vorangehen solle. Und hier erscheint nun die neue canadische Handelspolitik als der Weg, der aus der Sackgasse herausführt.

Bei den Wahlen im Sommer 1896 war die konservative Partei in Canada unterlegen, die seit der Föderation die Geschäfte geführt hatte, reichstreu, schutzzöllnerisch. An ihre Stelle traten die Liberalen, die der hochverräterischen Hinneigung zu den Vereinigten Staaten mehr als einmal verdächtig gewesen waren. An die Spitze des Kabinetts trat Wilfrid Laurier, ein französischer Canadier und Katholik, dessen Reichstreue bedenklich erscheinen konnte. Diese Zweifel suchte er freilich sofort durch die loyalsten Erklärungen zu zerstreuen. Die Liberalen hatten im Gegensatz zu den schutzzöllnerischen Konservativen stets den Freihandel auf ihre Fahne geschrieben. Zur Regierung gekommen, waren sie verpflichtet, die Tarifreform unverzüglich in Angriff zu nehmen, die Zölle zu ermäßigen. Gleichzeitig aber gestaltete sich der Grenzverkehr mit den Vereinigten Staaten immer unfreundlicher, drohte die Erschwerung der canadischen Ausfuhr durch den neuen Dingley-Tarif. So drängte sich der Gedanke auf: Zollermäßigung, aber nicht zu Gunsten der Länder, welche die canadische Ausfuhr besteuern.

Praktisch kam das hinaus auf die Begünstigung Englands, welches die canadischen Lebensmittel und Rohstoffe zollfrei einläßt. Auch die Konservativen hatten das Mutterland begünstigen wollen, aber dafür von diesem verlangt, daß es Unterschiedszölle zu Gunsten Canadas einführe. Die Liberalen hatten schon im April 1892 gefordert, daß die Zölle auf britische Produkte in Canada ermäßigt werden sollten, weil England die canadischen Erzeugnisse schon frei einlasse. Diesen Gedanken nahm jetzt Laurier wieder auf. „England hat uns schon bisher freigebig behandelt ... Warum sollten wir warten bis England mehr thut. Einer muß den ersten Schritt thun und wir schlagen vor, daß Canada vorangehen soll" (aus der Budgetrede des Finanzministers Fielding, 23. April 1897). Es scheint anfänglich beabsichtigt gewesen zu sein, die Zölle auf Waren, die vorwiegend aus England kommen, allgemein zu erleichtern. Damit wäre man dem Hindernis der Verträge mit Deutschland und Belgien aus dem Wege gegangen. Aber im übrigen wäre dieses Verfahren schwer durchführbar gewesen und so beschloß man ohne Rücksicht auf diese Verträge vorzugehen. Der neue Tarif, der am 23. April 1897 dem canadischen Unterhause vorgelegt wurde, enthielt außer einer Reihe allgemeiner Ermäßigungen die Bestimmung, daß die Zollsätze (mit Ausnahme der auf Spirituosen, Zucker und Tabak) bis zum 30. Juni 1898 um ein Achtel, von da an um ein Viertel ermäßigt werden sollten zu Gunsten aller Länder, welche canadische Produkte frei zulassen. Das klingt ganz freihändlerisch, da jedes Land sich diesen Vorteil verschaffen kann. Thatsächlich kommt es nur Großbritannien und Neu-Süd-Wales zu Gute. Damit war der erste Schritt zu freierem Handel innerhalb des Reiches, wie ihn so viele Resolutionen gefordert hatten, gethan. Von wem er angeregt worden ist, wird man erst später erfahren. Das ist schon jetzt bekannt, daß er im Einvernehmen und nach langen Besprechungen mit Chamberlain erfolgte, welche Mitglieder des neuen canadischen Ministeriums im September 1896 bei Gelegenheit von Chamberlains Besuch in Amerika und im Winter 1896/97 in London mit ihm hatten. Jedenfalls entsprach die canadische Maßregel allen Anforderungen. Sie ging aus von einem Manne, der sich stets für einen Freihändler erklärt hatte. Sie trat auf im freihändlerischen Gewande. Sie verletzte das Freihandelssystem Englands nicht. Und weiter. Der Vorschlag entsprang, wie immer gefordert worden, der Initiative einer Kolonie, und zwar der bedeutendsten und volkreichsten der autonomen Kolonien. Und nicht nur das. Der Urheber der

Maßregel war französischen Ursprungs. Ähnlich war der erste allgemein erörterte, wenn auch als undurchführbar erkannte Vorschlag, der Hofmeyrs, von einem holländischen Bewohner der Kapkolonie ausgegangen. So erscheint die Herstellung freierer Handelsbeziehungen im Reiche zugleich in ihrer Bedeutung für die Verschmelzung der fremden Nationalitäten in den Kolonien mit der britischen.

Es ist verständlich, daß die neue canadische Politik weit über ihre direkte Bedeutung hinaus in England gefeiert ist[1]. Die Maßregel — sie trat am 23. April sofort in Kraft — fiel mitten hinein in die Vorbereitungen zum Regierungsjubiläum der Königin, einen Augenblick, der wie kein anderer geeignet war, den Gedanken der Reichseinheit zum Ausdruck zu bringen. Und die Gelegenheit ist von den Anhängern des Reichsgedankens ausgiebig benutzt worden und mit Recht konnten die „Times" als Ergebnis der Jubiläumsfeierlichkeiten hinstellen, daß es wohl keinen englischen Bürger gebe, der nicht wenigstens unbestimmt fühle, daß für ihn und die Seinigen, so gut wie für die Großen der Erde der große Reinertrag einer langen, gerechten und friedfertigen Regierung dieser sei, daß ein Königreich sich in ein Weltreich verwandelt, daß die Grenze seines Vaterlandes sich soweit ausgedehnt habe, bis sie die ganze Welt umklammert hätte. Neben der Königin selbst hat nichts so sehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen, ist niemand so gefeiert worden, wie die Vertreter der Kolonien und unter diesen wieder Sir Wilfrid Laurier. Noch nie hat aber auch ein verantwortlicher Staatsmann aus den britischen Kolonien das Ziel einer engeren Reichseinheit so bestimmt als erstrebenswert und erreichbar hingestellt, wie dieser französische Canadier es mit gallischer Beredsamkeit auf schier zahllosen Banketten und Festlichkeiten gethan hat.

Wichtiger in der Welt der Wirklichkeit als dieser Ausbruch der Begeisterung in der öffentlichen Meinung ist freilich die Aufnahme, welche die canadische Maßregel bei der englischen Regierung gefunden hat. Bisher war jeder Versuch differentieller Behandlung abgelehnt worden. Nur daß die Kolonien sich untereinander begünstigen dürften, war mit erheblichen Bedenken 1895 zugelassen worden. Jetzt zum erstenmal stellte sich eine englische Regierung selbst auf diesen Standpunkt. Aber damit war sie auch genötigt die Konsequenzen zu ziehen. Jede Begünstigung des Mutterlandes in den Kolonien war durch

---

[1] Sogar in gebundener Rede durch Englands volkstümlichsten Dichter Rudyard Kipling.

den belgischen und den deutschen Handelsvertrag ausgeschlossen. Auch die in Canada gewählte Form schützte dagegen nicht, trotz aller anfänglich versuchten Sophistereien und die englische und die canadische Regierung haben das schließlich auch anerkannt. Damit wäre aber der ganze Plan gegenstandslos geworden, wie auch die Opposition in Canada, der die Liberalen den Wind aus den Segeln genommen hatten, betonte. Die canadischen Staatsmänner forderten also, da sie entschlossen seien, die Begünstigung nur Großbritannien, aber nicht anderen Ländern zu gewähren, daß diese Verträge gekündigt würden. Die Minister der anderen Kolonien schlossen sich der Forderung an und, wie wir wissen, die britische Regierung gab nach. Die Vermutung ist wohl nicht gewagt, daß zum mindesten Chamberlain dieser Druck, zu kündigen, sehr willkommen gewesen ist, um dieses Hindernis für weitergehende Pläne loszuwerden.

Was ist nun die unmittelbare Bedeutung des canadischen Tarifs und der Kündigung der Handelsverträge? Wir dürfen nicht außer Augen lassen, daß die Maßregel sich zwar formell gegen uns richtet, aber in erster Linie die Vereinigten Staaten zu treffen bestimmt ist. Nach der canadischen Handelsstatistik kam 1894/95 von einer Einfuhr von 105 Millionen Dollars

aus Großbritannien	für	31 Millionen,
= den Verein. Staaten	=	54,6 =
= Deutschland	=	4,8 =

Von der Ausfuhr ging dagegen von insgesamt 103 Millionen

nach Großbritannien	für	57,9 Millionen,
= den Verein. Staaten	=	35,9 =
= Deutschland	=	0,5 =

Ob sich die Vereinigten Staaten gefallen lassen werden, daß ein immerhin erheblicher Teil ihrer Ausfuhr (50,1 Mill. Dollars nach der amerikanischen Statistik) benachteiligt werde, muß man abwarten. Viel mehr verschlechtern kann sich das handelspolitische Verhältnis der beiden Nachbarländer nicht. Für Deutschland kommen sehr große Werte nicht in Betracht. Nach der deutschen Statistik wurden 1895 für 16,3 Millionen Mark Waren nach dem britischen Nordamerika ausgeführt, darunter für 3 Millionen Zucker, auf den die Begünstigung sich nicht bezieht. Bedenklicher würde schon sein, wenn die übrigen Kolonien Englands dem canadischen Beispiel folgen würden. Nach der deutschen Statistik führten wir nach den übrigen englischen Kolonien direkt für mehr als 90 Millionen Mark aus, wozu die die großen Summen kommen, welche in unserer Ausfuhr nach dem

Hamburger Freihafen, nach Großbritannien und nach Belgien stecken, und welche von dort aus nach englischen Kolonien gehen[1]. Größer als unsere Ausfuhr nach den Kolonien ist unsere Einfuhr von dorther, wobei freilich zu beachten ist, daß es sich überwiegend um Rohstoffe handelt, die unsere Industrie braucht. Wie groß oder gering aber der Wert der Handelsstatistik sein mag, eines steht jedenfalls fest. Die große Masse aller in die britischen Kolonien eingeführten Industrieerzeugnisse — immer von dem Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Canada abgesehen — kommt heute noch aus Großbritannien. Bei der Begünstigung des Mutterlandes handelt es sich weniger um Ausdehnung des gegenwärtigen Absatzes, als um den Markt der Zukunft.

Um die Entwickelung der Zukunft handelt es sich bei allen diesen Fragen überhaupt mehr, als um den Augenblick. Daß für England selbst keine Schutzzölle eingeführt werden, daß man dort auch zu Kampfzöllen (etwa auf Zucker) sich nur schwer entschließen würde, trotz der Andeutungen Lord Salisburys, unterliegt keinem Zweifel. Die nächste Frage der Zukunft ist aber, ob der Schritt, den Canada gethan hat, weitere Folgen nach sich ziehen wird, ob vom 30. Juli 1898 an die Begünstigung Englands in den Kolonien weiter greifen wird. In den südafrikanischen Kolonien, die keine eigentlichen Schutzzölle haben, ist das sehr wohl denkbar. Rhodes und seine Freunde haben den Gedanken stets verfochten. In Australien liegt die Sache verwickelter. Zunächst beschäftigt man sich dort mehr mit der näher liegenden Frage der australischen Föderation, welche im Frühjahr dieses Jahres weitere Fortschritte gemacht hat und in absehbarer Zeit zum mindesten einen Teil Australiens in ein einheitliches Wirtschaftsgebiet verwandeln wird. Außerdem herrscht dort einstweilen die Stimmung, wie sie bei den canadischen Konservativen bestand. Man ist wohl bereit auf fremde Waren die Zölle weiter zu erhöhen, aber nicht den Zollschutz gegen die englische Industrie zu vermindern und man erwartet dafür vom Mutterlande Gegenleistungen Sollte freilich die Schutzzollpartei zurückgedrängt werden, so sind Wandlungen, wie in Canada, nicht undenkbar. Die Freihändler in Neu-Süd-Wales dagegen wünschen allgemein freie Einfuhr, und der dortige Premier, Reid, hat bei den Festlichkeiten

[1] Überhaupt scheitert jeder Versuch, zahlenmäßig den Verkehr mit den englischen Kolonien zu erfassen. Ein Vergleich der Zahlen unserer und der Statistik der Kolonien sowie Englands selbst ergiebt die heillosesten Widersprüche.

in England keine Gelegenheit versäumt, Wasser in den Wein des Föderationsgedankens zu gießen. Hat er doch sogar versucht, die anderen australischen Minister von dem Besuch in London abzuhalten. Überhaupt äußert sich der Reichsgedanke bei den Australiern, die keine unbequemen Nachbarn haben, platonischer als bei den Südafrikanern und den Canadiern. Die Entscheidung in den Kronkolonien und in Indien hängt ab von der britischen Regierung selbst, von ihrer Neigung, die reinen Grundsätze des Freihandels zu verlassen und von der Stärke der Freihandelsprincipien in der öffentlichen Meinung Englands. Wird diese der Begünstigung Englands widerstreben, solange der Freihandel in England selbst unberührt bleibt? Den leitenden englischen Kolonialpolitikern ist durchaus nicht zu trauen und bemerkenswert ist, daß die Wiedereinführung allgemeiner Einfuhrzölle in Indien im Jahre 1893 fast ohne Widerspruch erfolgt ist. Die Übertreibung, mit welcher andauernd die Zunahme der fremden Konkurrenz in den Kolonien besprochen, der Schrecken vor dem „Made in Germany“ kultiviert wird, bereitet die öffentliche Meinung Englands auf Maßregeln zu Gunsten der englischen Produktion langsam, aber sicher vor. Auch dem Freihändler wird ein Zusammenschluß des britischen Reiches gegen den Schutzzoll fremder Länder allmählich plausibel gemacht. Der Zustand, den gegenwärtig Canada herbeiführt, ist noch lange kein britischer Reichszollverein. Aber es thut damit den ersten Schritt auf einem neuen Wege, der dazu führen kann, einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß des Reiches herbeizuführen mit neuen Problemen der Reichspolitik, vermehrter Gefahr der Reibungen außen und innen. Wie Chamberlain in der schon angeführten Rede im Colonial Institute am 31. März d. J. sagte: „Es ist eine gigantische Aufgabe, die wir mit dem Entschluß, das Scepter eines Weltreiches zu führen, übernommen haben. Groß ist die Aufgabe, groß die Verantwortung, aber groß auch die Ehre.“ Und es sei eine Aufgabe, die nur langsam sich erfüllen lasse, die sich aber mit Notwendigkeit aufdränge. „Mir scheint, daß die Richtung der Zeit dahin geht, alle Macht in den Händen der großen Reiche zu vereinigen. Die kleineren Länder, die, welche nicht fortschreiten, scheinen bestimmt zu sein, in eine untergeordnete Stellung zu rücken. Bleibt aber Greater Britain einig, kann kein Reich der Welt es übertreffen an Ausdehnung, an Volkszahl, an Reichtum und an Mannigfaltigkeit der Hülfsquellen.“

Daß uns Deutschen diese Politik unbequem, bei weiterer Entwickelung gefährlich ist, darf uns nicht hindern, den großen Zug in

den Gedanken Chamberlains anzuerkennen, deren stolzer patriotischer Klang wohlthätiger berührt, als die utilitarische Denkweise der alten Freihändler: Chamberlains Stärke ist das starke Staatsgefühl, und das, was jeder politischen Persönlichkeit ihre Bedeutung giebt, daß er ganz in den typischen Eigenschaften seines Volkes wurzelt. Auch in ihm vereinigt sich jener scheinbare Widerspruch von Verteidigung von Freiheit und friedlichem Fortschritt und bis zur Unterdrückung fremder Freiheit getriebenem nationalem Herrscherstreben, welches das englische Volk als Ganzes charakterisiert und aus ihm gemacht hat, was es ist.

Es wäre thöricht, wenn wir der englischen Politik einen Vorwurf daraus machen wollten, daß sie das Interesse des eigenen Landes rücksichtslos in den Vordergrund stellt. Aber wir müssen für uns die Konsequenzen daraus ziehen. Die nächstliegende, rein praktische ist die Frage, ob nicht auch wir genötigt sind, unsere Auffassung von der Meistbegünstigungsklausel zu revidieren. In ihrer unterschiedslosen Anwendung ist sie lange gepriesen worden als ein Mittel, die Annäherung der Völker zu erleichtern und den Verkehr zu vereinfachen. Die englischen Tochterstaaten empfinden sie jetzt als eine Last, die sie abschütteln. Die Vereinigten Staaten haben sie immer nur gewährt für entsprechende Gegenleistungen. Die neue englische Politik ist ein weiteres Argument für den Gedanken, den der Herausgeber dieses Jahrbuches ausgesprochen hat, daß man die Meistbegünstigung nicht ohne weiteres allgemein auf die Einfuhrzölle anwenden, daß man sie nur einem engeren Kreise wirtschaftlich verwandter Länder gewähren solle. Auch für uns ist es jetzt eine brennende Frage, ob wir ohne weiteres dem britischen Reiche und den Vereinigten Staaten nach Erlaß ihres neuen Tarifs die Meistbegünstigung weiter vertragsmäßig einräumen sollen. Wir können die englische Einfuhr thatsächlich auf dem Fuße der Meistbegünstigung behandeln, aber wir sollten ihr kein vertragsmäßiges Recht gewähren und damit neue Hindernisse für ein engeres handelspolitisches Verhältnis der mitteleuropäischen Staaten schaffen.

Die letzte Konsequenz aber, die wir aus Englands Verhalten ziehen müssen, geht weiter. So schmerzlich sie ist für jeden, der von Bewunderung erfüllt ist für das, was das englische Volk für sich und für die Menschheit geleistet hat, und der durchdrungen ist davon, wieviel wir von unseren englischen Vettern noch zu lernen haben, die letzte Konsequenz ist doch die: der Kampf um die Weltmacht führt uns notwendig in einen Konflikt der Interessen mit England,

wie wir ihn keiner anderen europäischen Macht gegenüber zu befürchten haben.

Es handelt sich am letzten Ende um einen Kampf darum, welche Märkte uns offen bleiben. Der beste, sicherste Markt sind die Kolonien. Und wenn unsere jetzigen überseeischen Besitzungen in absehbarer Zeit nur wenig aufnehmen können und im übrigen die Welt weggegeben ist, so wollen wir nicht vergessen, daß um 1600 die Welt schon einmal aufgeteilt gewesen ist zwischen Spaniern und Portugiesen, bis die Niederlande, Frankreich und vor allem England zu Seemächten wurden und die überseeischen Kolonialländer neu verteilten. Was einst geschah, kann wieder geschehen.

Weiter aber handelt es sich um die Gebiete, die noch unabhängig sind und deren Versorgung mit europäischen Produkten noch heute aller Welt offen steht. Von Ländern, die keine eigene Wirtschaftspolitik haben, kommt im wesentlichen außer der Türkei nur China in Betracht. An das „Awakening of China“, an die Entstehung eines chinesischen Nationalstaats, nach der Analogie Japans, glaube ich nicht. Die Chinesen sind eine Rasse, keine Nation. Sie sind fleißige, fügsame Unterthanen, wenn man sie in ihren Sitten und Gewohnheiten nicht stört. Seit Jahrhunderten sind sie die Fremdherrschaft gewohnt. Und ihre fremden Herrscher sind verfault bis aufs Mark. Auch hier drängt die geschichtliche Reminiscenz sich auf, die Analogie mit Indien am Anfang des 18. Jahrhunderts, als die Mongolenherrschaft verfiel.

Auch in Indien, wie im heutigen China, herrschte eine fremde Dynastie über eine dichte und fleißige Bevölkerung, die einen nationalen Zusammenhalt nicht hatte. Auch in Indien war diese Dynastie verkommen und lockte durch ihre Schwäche die fremden Eroberer an, die über See kamen. Die europäische Macht, welche die größten und entschiedensten Anstrengungen machte, die See zu beherrschen, errang auch die Herrschaft über Indien. Auf der Beherrschung Indiens aber beruht ganz wesentlich Englands Weltstellung und Volkswohlstand.

Wie damals in Indien, sitzen heute am Rande Chinas die fremden Kaufmannsniederlassungen als Ausgangspunkte europäischen Unternehmungsgeistes. Aber ein Unterschied besteht: in den indischen Kontoren fehlte der deutsche Kaufmann, der heute tüchtig und rührig sich in den Häfen Ostasiens seinen Platz errungen hat. Schon lauern an den Grenzen Chinas Rußland und Japan, England und Frankreich und reißen bald mit List, bald mit Gewalt von dem un-

behüflichen Leib die Fetzen an sich. Das 18. Jahrhundert entschied den Kampf um Indien und Nordamerika. Das 19. sah die Vernichtung des spanischen Kolonialreichs und die Aufteilung Afrikas. Das 20. Jahrhundert bringt den Kampf um China. Wird dies gewaltige Marktgebiet allein unseren wirtschaftlichen Gegnern zufallen?

Alle Macht drängt sich zusammen in den Händen der großen Weltreiche, wie Jos. Chamberlain sagte. Werden wir Deutschen zufrieden sein zu den „sekundären" Ländern zu gehören, „die nicht fortschreiten" oder werden wir eben so stolz wie der Engländer von der Bedeutung unseres Volkstums für die Menschheit, von unserer nationalen Kraft, unseren nationalen Aufgaben, unserer nationalen Ehre denken? Dann müssen wir uns klar darüber werden, daß nur eine Seemacht Weltmacht sein wird. Dann müssen wir auch den Willen haben, die Opfer zu bringen, ohne die wir uns unter den großen Völkern nicht behaupten können!

Marburg a. L., im August 1897.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.